



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Das italienische Parlament.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das italienische Parlament.

Am 18. November ist das zweite italienische Parlament in Florenz, der neuen Hauptstadt, eröffnet worden. Nicht mit jenem ungemessenen Jubel, mit jenem Begeisterungsräusche, der vor fünf Jahren den Zusammentritt des ersten cavourschen Parlaments begrüßte, mit welchem eine siegreiche Revolution abgeschlossen war und den Bevölkerungen Italiens eine nie erlebte Ära nationaler Herrlichkeit eröffnet schien. Auf den 18. November sah ein trüber regnerischer Himmel herab, der die Stimmung nicht Weniger widerspiegelte. Die Erinnerung an die schweren Opfer, welche das Einheitswerk den Einzelnen auferlegte, und deren Ende noch nicht abzusehen ist, tritt mit dem Gedanken an das, was für die Gesamtheit gewonnen ist. Die Ungewißheit der Zukunft, das drückende Räthsel der noch ungelösten Fragen, das zweifelhafte Ergebniß der jüngsten Wahlen, das den Siegern nicht minder unerwartet war als den Besiegten und die Geschicke des unfertigen Staats plötzlich in unbekannte Hände legte, trug mehr als billig dazu bei, eine schwankende, unbehagliche Stimmung zu erzeugen. Es bedurfte der persönlichen Autorität Victor Emanuels, des Ausdrucks der Festigkeit und Zuversicht, die aus seiner Thronrede sprachen, um daran zu erinnern, daß das schließliche Ziel der Opfer werth und die gewonnenen Erfolge eine Bürgschaft für die Zukunft seien.

Was die italienische Revolution von 1859 gelingen ließ — man kann es mit zwei Worten sagen. Sie gelang, weil die Nation ihren ideologischen Träumen entsagte und entschlossen ein praktisches Ziel ergriff, weil nicht einem constituirenden Parlament die Bildung des Staats überlassen wurde, sondern die Provinzen sich neidlos angeschlossen an den bereits bestehenden Kern. Niemand kann sich darüber täuschen, was herausgekommen wäre, wenn nach Vertreibung aller Dynastien eine constituirende Versammlung sich angeschiedt hätte, über die Fragen, ob Einheitsstaat oder Föderativstaat, Republik oder Monarchie, Ein- oder Zweikammernsystem oder gar über Grundrechte der italienischen Nation zu debattiren! Während der emphatischen Reden über Tyrannendruck, Freiheit und Völkerglück, von welchen das Capitol wiedergehallt wäre, hätte die Reaction

in der Stille ihre Kräfte gesammelt, sie hätte ihre besten Bundesgenossen gefunden in den Stammesantipathien, welche während der Debatten hochaufgelodert wären, in dem aussichtslosen Hader über Fragen, welche nicht der enthusiastische Patriotismus einer Versammlung, sondern die Geschichte entscheidet, und heute tagte vermuthlich nicht das italienische Parlament im Saal der Fünfhundert, sondern die Lothringer saßen wieder in Florenz, wie in Neapel die Bourbonen. Daß die italienische Nation Mazzini's Ideal einer constituirenden Versammlung verwarf, daß im entscheidenden Moment selbst die äußersten Parteien Selbstverläugnung genug besaßen, dem nicht liebenswürdigsten, aber kräftigsten Staat die Hand zu reichen, der allein das Zeug hatte, die Einheit durchzusetzen, ist der glänzendste Beweis für die politische Befähigung der Italiener, welche Jahrhunderte lang geschlummert und nur dadurch sich gezeigt hatte, daß Italiener die politischen Katechismen für andere Länder und Staaten schrieben. Piemont war durch Geschichte und Art seiner Bewohner, durch die stramme Zucht seines Heers und seiner Verwaltung, durch den Ehrgeiz seiner Fürsten und seine feindliche Position zu Oestreich zum Führerstaat berufen; seine Staatsmänner waren sich dessen bewußt, auch schon in der Zeit, als die innere Politik des Königreichs in den Händen der Jesuiten war und mit der des Kirchenstaats wetteiferte. Piemont war der italienische Staat in nuce; nach den kurzen Täuschungen der Romantiker und Föderalisten, die 1847 mit Pio nono schwärmten und 1849 gründlich geheilt waren, stand dies allen Patrioten fest. Auf diese Ueberzeugung gründete sich der Nationalverein, der freilich nicht von alljährlichen Generalversammlungen sein Programm revidiren ließ und kaum noch auf den sinnlosen Einwurf zu antworten hatte: wir wollen ein einiges Italien, aber keine piemontesische Spitze! Wenn die Staatsmänner Piemonts zunächst auf Verstärkung ihres Staats, auf ein Großpiemont in Norditalien ausgingen — niemals erlebte man das Schauspiel, daß die nationale Partei sich ihnen entgegenwarf und Zeter schrie über die Mainlinie und über den Ausschluß der schönsten Provinzen. Sondern sie berechnete, daß die Stärkung des mächtigsten Staats das sicherste Mittel sei, ihm die Aufrollung des Ganzen zu erleichtern, und daß nach dem Gesetz der Schwere schließlich alles dahin fallen müsse, wo ein kraftvoller Mittelpunkt gegeben war. Gewiß waren alle Provinzen ihrer besonderen Vorzüge, ihrer Stammeseigenthümlichkeiten sich bewußt, keine wollte der anderen nachstehen, keine der anderen gehorchen. Aber eine qualvolle Geschichte, die sie tief empfanden, hatte sie belehrt, daß all die Eifersucht der Städte und Stämme dann am gründlichsten geheilt sein würde, wenn alle mit gleichen Rechten unter einem Haupte geeinigt, durch eine Verfassung verbunden wären. Sie wußten, daß die Piemontisirung Italiens der kürzeste Proceß war, um zum Nationalstaat zu gelangen. Indem alle Provinzen eintraten in das Gefüge des subalpinischen Staats, war eben damit der Hegemoniestaat in Italien aufgegangen. Als

nothwendigen Uebergangszustand ließ sich ganz Italien willig die Piemontisirung gefallen, und mit merkwürdiger Raschheit hat es auch dieses Stadium durchgemacht. Zugleich mit den Unabhängigkeitserklärungen der Jahre 1859 und 1860 wurde überall die piemontessische Verfassung verkündigt und überall — Toscana ausgenommen — provisorisch die piemontessische Gesetzgebung eingeführt. Nicht bloß die Farini und Buoncompagni handelten so, sondern auch die Garibaldi und Crispi. So wurden, während die definitive Ordnung dem Parlament vorbehalten blieb, rasch verhältnißmäßig normale Zustände geschaffen, die vorübergehenden Störungen wurden leicht ausgeglichen, und die Einheit war bereits fertig, als sie durch das Parlament sanctionirt wurde. Die Einheit war nicht die Frucht des Parlaments, sondern das Parlament die Frucht der Einheit.

Das Parlament konnte demgemäß, ohne durch constitutive Fragen abgezogen zu werden, sofort in seine normalen Functionen eintreten. Es war die gesetzgebende Behörde. Seine Aufgabe war, die provisorischen Zustände durch definitive zu ersetzen, die Gesetze des alten Staats nach den Bedürfnissen der Gesamtheit zu revidiren; es galt die innere Ausbildung und Befestigung des äußerlich geeinigten Staatswesens, die Unificirung des Heers, die Verwaltung der Finanzen, der Gesetzgebung, die Hebung des Verkehrswesens und des Unterrichts. Dagegen konnte es alle Fragen der Executive um so vertrauensvoller der Regierung überlassen, je loyaler deren constitutionelle Haltung war. Die Handhabung der Verfassung war in manchen Punkten liberaler als ihr Wortlaut. Kein Ministerium war am Ruder, das nicht auf ausdrückliche Vertrauensvoten sich stützte, alle wichtigeren Acte erhielten die nachträgliche Genehmigung des Parlaments: die Haltung Rattazzi in den Tagen von Aspromonte, die Finanzpolitik Minghettis, die Verlegung der Hauptstadt wurden gebilligt, und selbst über so mißliche Punkte wie die Septemberereignisse in Turin half eine günstige Tagesordnung hinweg. Die Regierung konnte sich, weil sie stets aus einer der Fractionen der Mehrheit genommen war, auf diese verlassen. Vielleicht nur allzusehr. Denn am Ende ließen sich die Abstimmungen voraussehen, sie schienen bloße Form, und dies war vielleicht der größte Fehler, den die Mehrheit in den Augen des Landes hatte, und den sie bei den letzten Wahlen so schwer büßen mußte. Ohne daß irgendwo das constitutionelle Herkommen verletzt worden wäre, stand doch der constitutionelle Apparat in Gefahr, in den Augen des Landes zur Komödie zu werden. Die lange Dauer des Parlaments erwies sich in dieser Beziehung besonders verhängnißvoll. Es war ganz in der Ordnung, daß der Septembervertrag gebilligt wurde. Aber daß man dies demselben Parlamente zumuthete, das seiner Zeit den Beschluß: Rom die Hauptstadt, gefaßt hatte, war ein politischer Fehler. Zudem wurden die Wähler durch die lange Dauer der Wahlperiode dem unmittelbaren Contact mit der

Politik entfremdet, und sie rächten sich dafür an ihren Abgeordneten, deren Herrschaft die Art eines Monopols angenommen hatte.

Denn die eigentliche Herrschaft hatte doch diese Mehrheit der Kammer geführt, durch sie regierten die Ministerien. Ob Ricasoli oder Rattazzi, Farini oder Minghetti der Regierung den Namen gaben, die sogenannte Consorteria war die constante Regierungspartei, wie denn auch mit dem Wechsel jener Ministerien keineswegs ein Wechsel in den Regierungsgrundsätzen erfolgte. Es regierte die Tradition Cavour's, und ihr Träger war die von Cavour organisirte Mehrheit. Auf sie war die Erbschaft des Staatsmanns übergegangen, die kein einzelner seiner Nachfolger anzutreten im Stande war. Den Kern dieser Mehrheit bildeten die Patrioten vor der Revolution, die Verfolgten, die Verbannten; es war eine patriotische Aristokratie, eine Gruppe von Celebritäten, deren Zeit jetzt gekommen war, und deren angelegentlichste Sorge die war, die Dinge sobald als möglich in das ruhige Bett einer gesegneten Regierung zu leiten und darin zu erhalten; Männer vom größten Verdienst für die Neugestaltung ihres Landes, die eigentlichen Faiseure des Einheitswerks, aber vielleicht allzu ergeben nicht diesen oder jenen Ministern, sondern dem Cultus der etablierten Gewalt, und dies kostete sie die Popularität.

Es kamen noch andere für die Wähler sehr gewichtvolle Gründe hinzu, welche der Verstimmung über die bisherige Leitung bestimmteren Anhalt gaben. Es mag zweifelhaft sein, ob andere Finanzminister glücklicher in ihrem Departement gewesen wären als die fünf, welche sich auf diesem dornenvollen Posten folgten. Aber erklärlich ist, daß die Einführung der Einkommensteuer, die Drohung mit noch unpopuläreren Auflagen, die Thatsache eines Deficits von 200 Millionen, dessen Deckung nicht abzusehen ist, eine Unzufriedenheit erregten, die, wenn sie auch keine fertigen Finanzkünstler aus der Erde stampfen kann, es wenigstens mit neuen Männern probiren will, wenig bekümmert, wie die Probe ausfallen mag. Thatsache ist, daß die Glücklichen, welche aus der Urne hervorgegangen sind, meist dem Versprechen, die Steuerlast zu mindern, ihren Erfolg verdanken. Wie sie ihrem Versprechen nachzukommen vermögen, werden die Wähler im zweiten Theil erfahren.

Weniger scheinen die größeren politischen Fragen an dem Abfall von der bisherigen Majorität die Schuld zu tragen. Das Stadium, in welchem sich augenblicklich die römische und die venetianische Frage befinden, mag eher die auffallende Theilnahmlosigkeit erklären, welche die jüngsten Wahlen charakterisirt. Wofür sollten sich die Wähler entscheiden, da keiner der Kandidaten ein rundes Programm vorlegen konnte? Hier ein Vertrag, über dessen Bedeutung und Folgen die Meinungen getheilt sind, dort die Aussicht auf einen Krieg, der aber von unberechenbaren europäischen Constellationen abhängt, halbe Erfolge, mehr oder minder zuversichtliche Hoffnungen — so mochten die Meisten weder Ja

noch Nein sagen, nicht loben und nicht tadeln, und blieben lieber zu Hause. Ein solcher Zustand der Ungewißheit, des nothgedrungenen Abwartens, dem Jeder ein Ende wünscht, ohne zu wissen wie, ist wenig geeignet die Bürger massenweise zur Wahlurne zu treiben. Die Entschiedenen, welche wenigstens wußten, was sie nicht wollten, nämlich nicht die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten, hatten bei solcher Stimmung gewonnenes Spiel.

Die alte Mehrheit also ist aufs Haupt geschlagen worden. Nicht bloß an Zahl, sondern auch an Bedeutung der Namen erlitt sie die empfindlichsten Verluste. Eine Reihe hervorragender und namentlich eine Reihe geschäftskundiger und thätiger Mitglieder fehlt in dem neuem Parlament. Ihre Sitze werden zum größten Theil von Leuten eingenommen, deren Berühmtheit bisher nicht über ihren Flecken hinausgedrungen ist, Leute von denen das Beste zu hoffen ist, von denen sich aber bis jetzt nichts sagen läßt, als daß sie sich mit einer gewissen Ossentation beeilen, Plätze auf der Linken zu bestellen. Legt man die frühere Parteieintheilung zu Grund, so mögen die Trümmer der alten Mehrheit und die Linke nahezu gleichstark sein. Keine ist stark genug, um eine Regierung auf die Dauer zu stützen. Dadurch gewinnen die anderen Fractionen an Bedeutung, zunächst die dritte Partei unter Rattazzi's Führung, welche mehr aus persönlichen Antipathien als wegen verschiedener politischer Ansichten von der alten Mehrheit getrennt ist, dann die Piemontesen, die seit der Verlegung der Hauptstadt im Schmollwinkel sitzen und mit der Linken coquettiren, endlich ein starkes Duzend Alerikale. Unter diesen Umständen ist es eine Frage, ob überhaupt die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit möglich ist, und welche Richtung dieselbe der italienischen Politik geben würde.

Die Bildung einer neuen Mehrheit ist einerseits Bedürfniß, andererseits ist sie unmöglich, wenn die bisherigen Parteifractionen aufrecht erhalten oder gar, bei den Einen im Uebermuth des Sieges, bei den Andern aus Empfindlichkeit über die Niederlage, verschärft würden. Im Interesse einer starken Regierung ist es daher nothwendig, daß sich aus den verschiedenen Fractionen die regierungsfähigen Elemente zu einer neuen Mehrheit zusammenschließen. Dies ist leichter gesagt als gethan, aber es fehlt doch nicht an Anzeichen, daß diese Nothwendigkeit auf allen Seiten des Hauses anerkannt wird. Am meisten kommt auf die Haltung der Linken an, welche jetzt des Sieges sich erfreut, aber zugleich die Verlegenheit nicht verbergen kann, in die sie durch denselben versetzt ist. Trägt nicht alles, so wird die Scheidung innerhalb der Linken, die schon während der vorigen Session begonnen hat, jetzt ihren Proceß beschleunigen. Man erinnert sich des kleinen häuslichen Zwists zwischen Marini und Crispi, von welchen jener das alte Programm der Linken verfocht, dieser rückhaltlos seine Bekehrung zum monarchischen Einheitsstaat erklärte. Schon damals hieß es, Crispi habe es darauf angelegt, eines Tages möglich zu

werden. Damit stimmt die Haltung der demokratischen Presse in jüngster Zeit überein. Der *Diritto* nahm, sobald der Wahlsieg der Linken feststand, eine vornehmere, diplomatische Haltung an, mit ungewöhnlicher Reservation wurden die politischen Fragen besprochen, sichtlich suchte er die Umwandlung der Agitatoren in regierende Staatsmänner vorzubereiten. Die Oppositionspartei, so lange sie in der Minderheit ist, hat gut reden; man nimmt es mit ihren Forderungen nicht so genau, sie selbst braucht nicht ängstlich die Folgen ihrer Principien zu erwägen, denn mit diesen Folgen hat es noch gute Wege. Anders, wenn die Minderheit plötzlich in dem ungewohnten Besitz der Gewalt sich fühlt, jetzt erst erwacht das volle Gefühl der Verantwortlichkeit, die Einseitigkeit des Parteistandpunkts hat sich mit den realen Verhältnissen auseinanderzusetzen, und es entsteht jener Conflict, der noch nie einer Partei erspart worden ist, die in die Rolle der oppositionellen Minderheit eingelebt plötzlich an das Steuer ruder emporgeschnellt wird.

Die Linke ist aus einem einfachen Grunde unfähig, mit ihrem bisherigen Programm eine Regierung zu bilden. Ihr Program ist ein innerer Widerspruch. Was waren denn bisher die Hauptforderungen dieser Partei? Sie wollte Einschränkung der Staatsausgaben und Ermäßigung der Steuerlast, und sie wollte eine energischere Inangriffnahme der römischen und venetianischen Frage. Wie beides sich zusammenreime, dafür brauchte sie nicht zu sorgen, so lange sie die Minderheit war. Jetzt aber wird sie sich gestehen müssen, daß eine wirksame Reduction der Staatsausgaben nicht möglich ist ohne eine starke Reduction des Heers, und daß diese gleichbedeutend ist mit einer Politik des Friedens, mit der Vertagung des Anspruchs auf Venedig.

Getraut sich die Linke die Leitung des Staats zu übernehmen, so tritt sie eine Erbschaft an, die sie nicht umstoßen kann, sie findet den Staat in einer Lage, die sie nicht mit einem Mal zu ändern vermag, sie sieht sich realen Machtverhältnissen gegenüber, mit welchen sie rechnen muß. So ist es vor allem in der römischen Frage. Die Linke hat gegen den Septembervertrag gestimmt, aber er ist nun einmal Thatsache und zur Hälfte schon ausgeführt. Sie war überhaupt gegen Verhandlungen mit Frankreich, aber doch hat kein einziger Abgeordneter vor seinen Wählern den Muth gehabt, sich zu einer garibaldischen Gewaltstreichpolitik zu bekennen. Das große Hinderniß, das der Gewinnung Roms im Wege steht, ist die französische Besatzung. Aber niemals hat die Linke einen Weg angeben können, auf dem die Entfernung der Franzosen besser zu erreichen wäre als durch die Ausführung des Septembervertrags. Auch die Linke wird an diesen gebunden sein, nicht bloß, weil er überhaupt abgeschlossen und in Kraft ist, sondern weil sie kein anderes Mittel weiß, von Frankreich den Verzicht auf die römische Garnison durchzusetzen. Ebenso ist es mit den römischen Unterhandlungen. Die Sprache des Königs war in dieser Beziehung

besonders bestimmt. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Verhandlungen vollständig abgebrochen sind, er wollte offenbar dem Urtheil des neuen Parlaments über die Råthlichkeit einer Wiederanknüpfung nicht vorgreifen. Allein die Ausföhnung mit Rom ist gleichfalls eine Voraussetzung für die vollständige Ausführung des Septembervertrags. Die Lösung, welche durch diesen eingeleitet ist, beruht darauf, daß sich die Regierung Victor Emanuels mit der Curie über die Bedingungen verständigt, unter welchen der Papst in Rom bleibt, unter dem Schutze künftig nicht des französischen Kaisers, sondern des italienischen Königs. Dies ist die einzige Möglichkeit Rom zur italienischen Stadt zu machen und seine Annexion einzuleiten, die dann nur noch eine Frage der Zeit ist, wenn einmal die Franzosen Rom geräumt haben.

So haben denn die Aufgaben des italienischen Staats ihre feste Begrenzung an der gegebenen Lage. Es gilt nicht neue Wege aufzusuchen, sondern die eingeschlagenen mit Ausdauer zu verfolgen. Eben darauf beruht die Möglichkeit, daß auch im neuen Parlament eine Mehrheit sich finde, welche den Erfordernissen der Lage gerecht wird. Alle Parteien wollen Rom, aber alle werden einsehen, daß Cavour Recht hatte, wenn er sagte, daß dies nur im Einverständniß mit Frankreich möglich ist. Alle wollen Venedig, aber keiner wird sich der Ueberzeugung verschließen, daß ein Krieg sich nicht vom Zaun brechen läßt und die Gelegenheit zu einer etwaigen diplomatischen Lösung mit Geduld abgewartet werden muß. Alle wollen Ersparnisse und Mäßigung des Steuerdrucks, aber jede wird zögern, dies auf Kosten der Wehrfähigkeit des Landes zu thun. Kurz, über die Ziele sind alle einig, aber auch in den Mitteln ist keine solche Auswahl vorhanden, daß der Personalwechsel im Abgeordnetenhaus eine Frontveränderung der Politik herbeiführen könnte. Möglich, daß das parlamentarische Leben einer Auffrischung bedurfte, die ihm nun durch die jungen Kräfte zu Theil wird. Aber sobald es erst an die großen politischen Fragen geht, dürfte die neue Mehrheit bald genug im Geleise der alten sich befinden.

7.